



Basisdemokratisches Bündnis

fragend schreiten wir voran

Editorial

Das war erst der Anfang. Nach den Kürzungen bei den Sowis geht es jetzt an die Kassen der anderen Fakultäten. Als nächstes ist die Philosophische Fakultät an der Reihe (Seite 2). Das ist aber noch lang nicht alles, was auf uns zu kommt, stehen doch auch die Studiengebühren an, ist eine Ende der Kürzungen lang nicht in Sicht, ist der Bachelor doch gerade erst eingeführt usw.

Kein Grund sich zurück zu lehnen also, vielmehr ist es an Zeit dem endlich etwas entgegen zu setzen. In Frankreich derweil wurde uns gezeigt, wie Studi- und Sozialproteste Erfolge erzielen können. Grund genug, mal über die konstruierten Grenzen hinweg zu schauen (Seite 2).

Auch sonst läuft vor Ort nicht alles bestens, so ist das Studiwerk gerade dabei, studentischen Selbstorganisationsstrukturen das Leben schwer zu machen (Seite 4) und einige männliche Mitstudierende schwelgen lieber in Ressentiments gegenüber Frauenbeauftragten, als gegen Kürzungen, Sozialabbau oder gar Sexismus vorzugehen (Seite 7).

Außerdem haben wir für euch in dieser Ausgabe den ersten Teil einer ausführliche Analyse der gesellschaftlichen Genese der ADF (Seite 8) und eine Diskussion des Begriffs „Toleranz“ (Seite 6). Auf Seite 11 stellt das Bildungsnetzwerk „traveling school of life“ sich vor und zum Abschluss haben wir noch eine lyrische Einlage für euch abgedruckt (Seite 12).

Wir wünschen euch trotz all dem ein angenehmen Rutsch in die Semesterferien. Viel Spaß beim Lesen!

Kürzungen an der Philosophischen Fakultät!

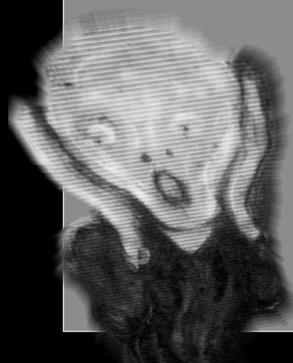
Es geht in die nächste Runde: Nachdem letztes Semester die Sowis geschröpft wurden geht es nun den Philos an den Kragen. Widerstand aus der Fakultät scheint es auch diesmal nicht zu geben. Zeit einen ernstzunehmenden studentischen Protest zu entfalten, der den Kürzungsrunden endlich ein Ende bereitet...

Seite 2 ►

[Das Titelbild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden]

...außerdem in dieser Ausgabe:

- **Proteste in Frankreich und in Deutschland:** Ein Vergleich (Seite 2)
- **Selbstbestimmt wohnen adé?** - Studiwerk gegen Selbstverwaltung (Seite 4)
- **Repressive Toleranz** – Zum Begriff der „Toleranz“ (Seite 6)
- **Don Quichotte vs lila Pinnwände** – Angriffsziel Frauenbeauftragte (S. 7)
- **Der Schrei nach Gegenaufklärung** – zum Phänomen ADF (S. 8)
- **Selbstbestimmt Lernen** – Bildungsnetzwerke (Seite 11)
- **Termine** in den nächsten Wochen (Seite 12)



Kürzungen an der Philosophischen Fakultät!

Nach den Sowis auch die Philos. Nun ist geschehen, womit schon Ende des letzten Semesters zu rechnen war. Mit dem selben Argumente-Cocktail wie letztes Semester bei der Sozialwissenschaftlichen Fakultät soll nun bei der Philosophischen Fakultät gekürzt werden.

770.000 Euro sollen eingespart werden. In einem ersten Plan des Dekanats war die Streichung von 99% aller Forschungs-HiWi-Mittel vorgesehen. Zusätzlich die Streichung von drei ProfessorInnenstellen und die Nicht-Einrichtung einer geplanten Professur. Außerdem sollte durch Zusammenlegung der Sekretariate gespart werden. Dieser Plan ist insofern vom Tisch, als die Struktur- und Haushaltskommission sich weigerte darüber auch nur zu verhandeln. Nun sind die Fächer aufgefordert eigene Kürzungsvorschläge einzureichen. Hier geht es jedoch mehr um die Umgehung von Kürzungen bei den ProfessorInnenstellen. Die anderen Kürzungen scheinen ausgemachte Sache zu sein.

Begründet werden die Kürzungen zum einen mit den unerwartet stark gestiegenen Heizkosten, zum anderen - und jetzt wird es lustig - mit den kommenden Studiengebühren. Diese sollen bekanntlich sozial verträglich sein. Damit sie wenigstens den Anschein davon machen, gibt es einen sog. Ausfallfond. Hier muss Geld einbezahlt werden, damit die Banken es sich von da holen können, wenn Studierende nach dem Studium nicht genug verdienen um ihren Kredit zurück bezahlen zu müssen. Anscheinend darf dieser Topf jedoch nicht aus den Gebühren selbst gebildet werden. Stattdessen müssen die Fakultäten das Geld im Vorfeld aufbringen. Es ist schon eine Ironie der Ge-

schichte für alle GebührenbefürworterInnen, nicht nur, dass die Gebühren finanziell nichts bringen, weil sie gerade mal mehr schlecht als recht die Kürzungen der letzten Jahre auffangen. Um die Gebühren überhaupt erheben zu dürfen, werden die Fakultäten zuvor verpflichtet, Geld aus Forschung und Lehre ab zu ziehen, um es im Ausfallfond zu parken.

Ansonsten ist es das Übliche: Transparenz ist ein Fremdwort. Die ProfessorInnen haben Angst offen ihre Meinung zu den Plänen zu sagen, oder Informationen darüber preis zu geben. Die Gremien-Mitglieder des ADF-nahen AK Hist.Phil. reden lieber mit den ProfessorInnen in den Gremien als mit den Studierenden, um bloß nicht zu große Wellen zu schlagen. Nachher wehren sich noch die Studierenden der Fächer, auf die die Kürzungen abgewälzt werden. Das geht auch leise, wie zuletzt geschehen bei der Schließung von Japanologie und Sinologie im Rahmen des Hochschuloptimierungskonzepts.

Diese Rechnung geht jedoch nicht auf. Die Basisgruppen Hist.Phil haben Widerstand gegen die Pläne angekündigt. Sie fordern ein Ende der offenen und versteckten Kürzungen. Das Land soll nach ihrer Meinung die gestiegenen Kosten übernehmen. Eine Idee, auf die die Unileitung scheinbar auch schon gekommen ist. Gerüchten zufolge hat sie beim Land angefragt, ob dieses nicht für die Mehrkosten aufkommen möchte. Ohne den entsprechenden politischen Druck dürfte der Landesregierung die Antwort leicht fallen: nein. Grund genug diesen politischen Druck zu entfalten.

Eine erste Vollversammlung im gut besuchten ZHG 009 hat beschlossen sich den Kürzungen konsequent in den Weg zu stellen.

kalle@bb-goettingen.de

Proteste in

Proteste in Frankreich ...

Wie auch in Deutschland gibt es in Frankreich Versuche die Rechte von abhängig Beschäftigten zu beschneiden. Was in Deutschland als Absichtserklärung in den Koalitionsvertrag geschrieben seiner Umsetzung harrt, wurde in Frankreich unter dem Titel *Contrat Première Embauche* (CPE, franz.: Vertrag zur Ersteinstellung) verabschiedet: Die Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre, in denen jede/r ohne Angabe von Gründen entlassen werden kann. Bereits vor der Verabschiedung regte sich v.a. von Seiten der Studierenden Widerstand gegen dieses Vorhaben. Universitäten wurden besetzt; Demos und Blockaden organisiert. Allmählich schlossen sich SchülerInnen an, die in Frankreich ähnlich wie die Studierenden in einer Art Gewerkschaft landesweit vernetzt sind. Die Regierung hingegen weigerte sich auf den Protest einzugehen und verabschiedete das Gesetz in der Nacht vom 8. auf den 9. Februar. Wo in Deutschland Proteste enden - nämlich nach Verabschiedung des Gesetzes - sollten sie in Frankreich jedoch erst beginnen. Die Rechnung der französischen Regierung, das Gesetz nur konsequent genug durchsetzen zu müssen, um den Protesten die Energie zu nehmen, ging nicht auf. Es folgten in drei Wochen drei große Streik- und Aktionstage, die das öffentliche Leben mehr oder weniger zum Erliegen brachten. Tausende Aktionen zwischen den Großkampftagen sorgten für Aufruhr im ganzen Land. An den Großdemonstrationen beteiligten sich bis zu drei Millionen Menschen. 83% der Franzosen lehnten das Gesetz nach einer Umfrage vom 30. März ab. Nach einigen taktischen Winkelzügen seitens der Regierung und des Präsidenten beugt dieser sich am 7. April den Protesten. Das Gesetz wurde zurück gezogen. Bemerkenswert an diesen Protesten ist also zunächst die schlichte Tatsache, dass sie erfolgreich waren. Schlüssel des Erfolgs war eine Mobilisierung der Gesellschaft, die weit über die unmittelbar betroffene Gruppe hinaus ging. Am deutlichsten steht hierfür die hohe Beteiligung von Studierenden der sog.



Frankreich – Proteste in Deutschland: Ein Vergleich

Elite-Universitäten. Die Räumung der Sorbonne durch Spezialkräfte der Polizei erzielte in den Medien höchste Aufmerksamkeit und nun begannen alle über die Wiederkehr von Studierendenprotesten à la 68 zu philosophieren. Die Demos gegen den CPE zeichneten sich v.a. durch die Heterogenität der Beteiligten aus. Alt Eingesessene GewerkschafterInnen demonstrierten an der Seite von Jugendlichen aus den Vororten. Studierende zusammen mit Arbeitslosen. Studierende besuchten die Streikversammlungen von streikenden EisenbahnerInnen und organisierten zusammen mit diesen Proteste gegen den Verkehrsminister. Diese breite gesellschaftliche Mobilisierung und der Wille, auch nach Verabschiedung des Gesetzes dieses nicht anzuerkennen, waren es die den Präsidenten schließlich einknicken ließen.

... und in Deutschland

Zur gleichen Zeit streikt in Deutschland die Gewerkschaft ver.di gegen die Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Von 38,5 Stunden soll die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden erhöht werden. Der Streik richtet sich auch gegen den damit verbundenen Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Auch an diesem Protest müsste es ein allgemeines gesellschaftliches Interesse geben. Schließlich geht es um den Erhalt und die Qualität der öffentlichen sozialen Infrastruktur. Im Gegensatz zu Frankreich findet jedoch nicht nur keine Solidarisierung statt; stattdessen werden Protestbriefe von Eltern geschrieben, in denen den Kita-Bediensteten das Recht abgesprochen wird zu streiken. So geschehen in Baden Württemberg. Erst recht nicht denkbar wäre, dass Studierende sich an den Protestaktionen der GewerkschafterInnen beteiligen. Hier zeigt sich besonders drastisch, wie gut es der Politik gelungen ist den Widerstand in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen zu isolieren. Und wie borniert auf der anderen Seite ein Bewusstsein ist, das



Besetzt und verbarrikadiert: Landesweit sind französische Unis dicht (Foto: Indymedia)

diese Spaltung akzeptiert, und sich - wie die ADF - von Gewerkschaften und anderen Betroffenen des Umbaus der Sozialsysteme explizit distanziert. Denn von den Ergebnissen der Auseinandersetzung zwischen ver.di und den Ländern sind die studentischen Hilfskräfte (HiWis) an der Uni - und das sind nicht wenige - direkt betroffen. Denn deren Gehalt orientiert sich am Stundenlohn im öffentlichen Dienst. Das wird zwar immer dann „vergessen“, wenn es um Lohn-erhöhungen geht, bei Lohnsenkungen, werden die HiWis jedoch durchaus mit bedacht. Und um nichts anderes, als um eine Stundenlohnkürzung geht es bei einer Anhebung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich. Diese würde für Hi-

Wis wegen des Gebots der „Gleichbehandlung“ einen Stundenlohnverlust von 30 Cent bringen. Von 8,02 Euro auf 7,72 Euro. Grund genug eigentlich sich zu wehren und sich zu solidarisieren. Das aber überlässt man lieber den BerufsdemonstrantInnen. Schließlich wird die Realität ja von der Wahrnehmung bestimmt. Wenn man also nur lange genug weg schaut, hilft das ja vielleicht auch schon. Oder man entschließt sich von den französischen Protesten zu lernen. Und die haben gezeigt, dass eine noch so entschlossene Regierung gegen solidarische und entschlossene Proteste nichts ausrichten kann. In diesem Sinne: *à la bataille!*

kalle@bb-goettingen.de



Solidarische Proteste verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (Foto: Indymedia)

'Niemand hat die Absicht, studentische

Bereits im Oktober letzten Jahres haben wir darüber berichtet, wie das Studentenwerk nicht wenigen Studierenden momentan mehr Ärger als Hilfe bereitet. Als Vorreiterin des Plakatierverbots sorgte das Studiwerk für eine HoPo-freie Z-Mensa¹ - heute wissen wir, dass das Studiwerk bei der Durchsetzung des Verbots in der Z-Mensa im Vergleich zum Rest des Campus sogar am konsequentesten ist.

Besondere Aufregung scheint aber der Artikel über den Angriff auf Selbstverwaltungsstrukturen in Studi-Wohnungen am Kreuzberggring ausgelöst zu haben²: Nach der Veröffentlichung der sechsten Nummer der BB-Zeitung erhielten wir eine empörte Mail von Stefan Christmann (Studierendenvertreter im Vorstand des Studiwerks), aus der wir erfuhren, dass das so in den Gremien des Studiwerks gar nicht abgestimmt wurde, das alles gar nicht stimme und wir in Zukunft doch besser recherchieren sollten. Ein kurzer Blick auf die Entwicklungen seitdem zeigt, dass wir schon damals richtig lagen, uns besser auf die Erlebnisse der Betroffenen vor Ort zu verlassen, als auf angebliche Gremienbeschlüsse. Was damals als angestrebte Vorstellung des Studiwerks alles nicht stimmen sollte, ist nun fast besiegelte Sache.

Geschichte der Wohnungen im Kreuzberggring

Die Wohnungen im Kreuzberggring sind seit den 70ern von Studierenden bewohnt. Damals besetzten sie die leer stehenden Gebäude aufgrund von Wohnungsnot und hohen Mieten. Studierende, UnterstützerInnen aus der linken Szene und andere AnwohnerInnen schufen damit die Möglichkeit diesen Raum zu nutzen und verhinderten den

Abriss der Gebäude. Diese wären ohne die konsequente Verteidigung der besetzten Gebäude einer vierspürigen Straße gewichen.

In den Wohnungen bildeten sich WGs, die in Eigenregie die Instandhaltung der Gebäude übernahmen und alternative Wohnformen etablierten, die sie als politisches Projekt begriffen. Formal übernahm bald das Studiwerk die Gebäude. Seit 1977 existieren kollektive Mietverträge zwischen Studiwerk und WGs, an denen sich bis vor kurzem nichts wesentliches verändert hat.

Kurswechsel

Seit einiger Zeit scheinen die selbstverwalteten Wohnungen im Kreuzberggring und in der Roten Straße dem Vorstand des Studiwerk ein Dorn im Auge zu sein. Selbstverwaltung bedeutet nämlich, dass sich das Geschehen vor Ort der unmittelbaren Kontrolle des Studiwerks entzieht, und dies möchte man wohl nicht mehr haben. Aber selbstverständlich passiert das alles nicht aus purer Bösartigkeit, sondern eher im Vollzug von „Sachzwängen“: Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte für das Studiwerk spielen, dass mit der Teilprivatisierung der Uni (Umwandlung in Stiftungsuni) Zuschüsse vom Land wegfallen und somit deren Finanzierung vom Studiwerk nun nach „wirtschaftlichen Kriterien“ organisiert werden muss. Statt aber eine Kritik daran zu formulieren, dass sich das Land zunehmend aus der Finanzierung von Bildungs- und Sozialsystemen zurück zieht, oder gar an einer Gesellschaftsform, die trotz oder paradoxerweise gerade wegen zunehmender Produktivkräfte immer mehr Menschen vom wachsenden gesellschaftlichen Reichtum ausschließt, macht sich das Studiwerk zur Vollstreckerin von

deren Sachzwängen.

Die ersten, wohl noch recht harmlosen Anzeichen davon zeigten sich im Jahre 2003. Seitdem wird die Reinigung der Treppenhäuser in einigen Gebäuden im Kreuzberggring nicht mehr den BewohnerInnen selbst überlassen, sondern wird vom Studiwerk geregelt. Klingt nach einem netten Service, nimmt aber den BewohnerInnen die Möglichkeit es selbst zu übernehmen, statt dafür zu bezahlen. Damit das nicht so sehr auffällt, werden in der Rechnung die einzelnen Posten nun gesondert aufgelistet, die sodann auch einzeln erhöht werden können.

Kündigung bis Ende Juni

Richtig ans Eingemachte geht es aber erst dieses Jahr. Denn das große Ziel des Vorstandes ist es nun die kollektiven Verträge der BewohnerInnen aufzulösen und mit jeder und jedem Einzelverträge abzuschließen. Mitte März gingen die Kündigungen zum 30. Juni raus, denn so die Begründung in dem Schreiben, „die Einhaltung einheitlicher Belegungskriterien“ soll bei der „Vergabe von Wohnplätzen“ her. Die Auflösung der Verträge hat aber einige Nebenwirkung, die dem Kontrollinteresse des Studiwerks-Vorstands ganz gelegen kommen dürften:

Bisher entschieden die BewohnerInnen selbst, mit wem sie in Zukunft zusammen leben möchten. In Zukunft entscheidet allein das Studiwerk, wer dort ein- oder auszieht. Indem sie bisher selbst den Mietraum unter sich aufteilten, musste das Studiwerk nicht einmal genau wissen, wer gerade dort wohnt - was Jahrzehntelang auch kein Problem darstellte. Das möchte der Vorstand aber nun unbedingt unter seine Kontrolle bringen.

Der Passus, der den Studierenden die Wohnzeit in den Wohnheimen auf wenige Semester begrenzt wurde alljährlich aus den Verträgen gestrichen - kontrolliert hätte er ohnehin nicht werden können. Genau dies ist dem Studiwerk aber ein

¹) siehe „schöne saubere Uni“ www.bb-goettingen.de/277 und „Gegen das Plakatierverbot“ www.bb-goettingen.de/247

²) siehe „Studentenwerk gegen Selbstverwaltung“ www.bb-goettingen.de/246

Selbstverwaltungsstrukturen abzubauen'

ganz besonderes Anliegen. Sie liegen da ganz im hochschulpolitischen Zeitgeist, denn wenn die Studis schon durch Bachelor und Studiengebühren davon abgehalten werden sollen, sich neben einer minimalen Berufsausbildung noch kritisch mit den Inhalten ihres Studiums auseinander zu setzen, dann brauchen sie ja auch nicht so lange dort zu wohnen. Aber dem Studiwerk geht es eigentlich selbstverständlich um Gerechtigkeit: „Mit der Beschränkung der Wohnzeit verfolgt das Studentenwerk ein berechtigtes öffentliches Interesse, weil wegen der Zweckbestimmung der Wohnheime und der begrenzten Anzahl der Wohnplätze, möglichst vielen Studierenden ein [...] Wohnplatz bereitgestellt werden soll“, heißt es in dem Kündigungsschreiben. Es ist mal wieder alles knapp, und da sollen diejenigen möglichst schnell raus, ohne die der knappe Wohnraum gar keiner wäre - Sinnvoll.

Ganz nebenbei bekommen die BewohnerInnen noch eine versteckte Mieterhöhung oben drauf: Sogenannte „Schönheitsreparaturen“ wurden nämlich bis dato von den MieterInnen selbst

getragen (was übrigens in den meisten Mietverhältnissen üblich ist). Aber auch diese sollen nun der Selbstorganisation entzogen werden, dafür darf jeder AnwohnerIn nun 8,88 EUR pro m² im Jahr drauf zahlen. Eine Summe, die je nach Wohnfläche die Mietkosten etwa um 20% (!) erhöht. Eine richtig schön „praxisnahe Überarbeitung“ (Zitat Kündigungsschreiben) also, die sich das Studiwerk da ausgedacht hat.

„Okay“ des AStA

Beteiligt an dieser „praxisnahen Überarbeitung“ ist übrigens auch der AStA. Der hat zu all dem sein vollständiges „okay!“ gegeben, mag er doch auch lieber aufregende Sachzwänge als schnöden Kampf um studentische Interessen. Wäre ja auch viel zu gefährlich, denn Selbstverwaltung, das klingt ja schon wieder so, als könne sich da womöglich was „Linkes“ einnisten. Eben darum geht es dem AStA: Wie immer fürchtet er auch hier, dass eventuell „Linke“ dort länger als der Bachelor erlaubt, oder sogar ohne Immatrikulation, wohnen. Auch wenn mit einer Politik wie der des AStA dieser Wohnraum gar nicht mehr existieren würde, sollen sie ihre Versuche, eine selbstbestimmte Wohnform zu leben, doch bitte von studentischen Räumen fernhalten - hat im AStA-Gebäude wohl eh niemand so richtig verstanden, was das Ganze soll.

Selbstorganisation adé

Inzwischen dürften die meisten die Einzelverträge unterzeichnet haben oder ausgezogen sein. Einige ließen sich schon früh auf das „Angebot“ des Studiwerks ein, im Gegenzug zur Unterzeichnung weitere 7 Semester dort garantiert wohnen zu können. Für Einzelne, falls sie es sich leisten können, ein nicht uninteressantes Angebot. Spätestens aber nach diesen 7 Semestern wird von den Strukturen nichts mehr übrig sein. Für die Studis, die nach ihnen kommen, schwindet die Chance, sich für alternative Wohnformen zu entscheiden. Für eine Organisation von Protest gegen das Vorgehen des Studiwerks waren die vorhandenen Strukturen wohl jetzt schon zu sehr geschwächt. Bleibt abzuwarten, wie groß der Widerstand ausfällt, sollte die Rote Straße ins Visier des Studiwerks geraten...

patrick@bb-goettingen.de



Der Schrei nach Toleranz

Toleranz ist ein Begriff, der uns immer wieder begegnet: „Immer die, die am lautesten nach Toleranz schreien tolerieren andere Meinungen am wenigsten!“ Aber ist das wirklich so? Fordern „die Linken“ so vehement mehr Toleranz?

Eher ist dies ein Vorurteil, das sich aus unterschiedlichen Gründen in den Köpfen der Menschen festgesetzt hat. Dabei widerspricht die Forderung nach allgemeiner Toleranz vielmehr dem Anspruch nach „allgemeiner Wahrheit“.

Wie zweifelhaft auch immer dieser Begriff der „allgemeinen Wahrheit“ sein mag, so ist er hier so gemeint, dass es allgemeingültige Werte gibt, über die sich nicht streiten lässt, wie z.B. jemanden töten ist per se schlecht. Also sollte nicht toleriert werden, dass jemand von jemandem umgebracht wird. So gibt es einige Dinge, die nicht zur Frage stehen und für die es zu kämpfen gilt - so überhaupt nicht im Sinne der Toleranz.

Toleranz als Mittel zur Verfestigung von Vorurteilen

Toleranz bedeutet z.B. die Anerkennung der Differenz, die oft nur ein Vorurteil ist. Wenn man Toleranz gegenüber „Ausländern“ fordert, unterstellt man damit eine Differenz zwischen vermeintlich homogenen Gruppen. Aber wer ist denn „Deutscher“? Leute mit deutschem Paß, oder doch nur die, die „deutsches Blut“ in ihren Adern fließen haben? Wieso also sollten wir nach Toleranz schreien, wenn wir gar nicht wissen, was wir eigentlich tolerieren sollen?

Toleranz als Abwehrmittel

Oft wird Toleranz als Freibrief benutzt, sich nicht mit unliebsamen und unbequemen

Themen auseinander setzen zu müssen. Mit ihrer Hilfe wird die Aussage von jemandem unantastbar, weil dieser sich immer wenn ihm die Argumente ausgehen, sich auf seine Meinung berufen kann und einfordern kann dies zu tolerieren. Sobald diese „Meinung“ dann in Frage gestellt wird, sind diejenigen die sie angreifen intolerant. In diesem Fall ist die Forderung nach Toleranz etwas sehr pluralistisches und liberales - im Vordergrund steht nicht mehr die Lösung des Konflikts, sondern nur noch der Austausch von Unverbindlichkeiten.

Anstatt aber einfach nur inhaltslos auf Toleranz zu pochen, sollten Aussagen in einem Rahmen zur Debatte stehen dürfen, um sie immer wieder überdenken und korrigieren zu können. Hier wird es kompliziert: einerseits braucht es eben so viel Toleranz, dass eine Debatte möglich ist und über den Inhalt gestritten werden kann, doch sind die allgemeinen Maßstäbe, an denen der Inhalt gewertet wird, nicht zu vergessen.

Sobald Toleranz nämlich der Verschleierung und damit auch der Verfestigung der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse dient, verliert sie ihren emanzipatorischen Charakter. Es gibt eben auch Aussagen, die über eine Grenze hinaus gehen und bekämpft werden müssen, sowie z.B. klar sexistische, rassistische, antisemitische und faschistische Aussagen, die keinen Raum bekommen dürfen. Hätte man die Nazis vor 1933 bereits bekämpft und nicht toleriert wäre es nicht zum 3. Reich gekommen.

Wenn man also davon ausgeht, dass es allgemeingültige Werte gibt und von ihnen überzeugt ist, muss man Aussagen, Veröffentlichungen und Strukturen, die über eine Grenze hinausgehen, ganz klar bekämpfen und darf diese nicht tolerieren!

Toleranz als Alibi für den repressiven Staat

Toleranz stützt die repressive Gesellschaft, indem sie das Bedürfnis der Menschen nach Freiheit bedient. Die Bevölkerung fühlt sich frei zu sagen und zu denken, was sie will: immerhin wird man nicht direkt eingesperrt, wenn man sich z.B. öffentlich gegen die Regierung äußert, solange diese Kritik bei einer konsequenzlosen Meinungsäußerung stehen bleibt.

Indem Freiheit suggeriert wird nimmt die vermeintlich demokratische Gesellschaft den Menschen jegliche Handlungsnotwen-

digkeit - warum Freiheit erkämpfen, wenn ich doch frei bin? Aber wenn alles einschließlich der Intoleranz und Repression toleriert wird, schafft die Toleranz sich und damit wiederum die Freiheit selbst ab.

Der Parlamentarismus z.B. wird gar nicht in Frage gestellt. Man kann ja in eine Partei gehen, die seine Interessen vertritt und versuchen etwas zu verändern. Dass damit aber schon eine Struktur anerkannt wird, die grundsätzlich in Frage gestellt werden muss, fällt gar nicht mehr auf. Denn jede Politik im Rahmen des parlamentarischen Systems unterwirft sich von vorne herein ökonomischen Sachzwängen, die dann nur noch verwaltet werden können. Dieses System wurde so verinnerlicht, dass es fast wie ein Naturgesetz hingenommen wird; ungeachtet der Tatsache, dass dem geschichtlich sehr leicht mit einem Gegenbeweis begegnet werden kann. Die letzten Jahrhunderte mit ihren gesellschaftlichen Umbrüchen zeigen, dass Gesellschaft immer neu gestaltet und radikal verändert werden kann. Interessant dabei ist, dass dies fast jeder auch eigentlich weiß und wenn es ernst wird, dann doch wieder schnell vergisst.

Die Fassade der freien Gesellschaft wird also durch diese falsche Toleranz aufrechterhalten, dass aber in dieser parlamentarischen Demokratie strukturell Minderheiten unterdrückt werden, wird dabei ganz übersehen. Grundsätzlich werden durch Mehrheitsbeschlüsse die Bedürfnisse unterschiedlicher Minderheiten übergangen.

Grenzen der Toleranz

Selbstverständlich muss es innerhalb eines Rahmens Toleranz geben, um damit die Diskussion um Positionen erst möglich zu machen, doch muss der Rahmen dafür erstmal geschaffen werden.

Angenommen es gibt eine Veranstaltung, auf der sowohl ein Politiker von z.B. der SPD über „Ausländerpolitik“ spricht als auch eine Person, die antirassistische Arbeit macht. Der Politiker hat gar keinen Grund sich die Argumente der anderen Seite nicht anzuhören, da sie für ihn keine Handlungskonsequenz darstellen - er kann danach weiter seine Politik verfolgen und Abschiebungspapiere unterschreiben. Die andere Person muss erst mal viele Leute überzeugen mit ihr zusammen zu arbeiten, um ihr Ziel erreichen zu können.

Dies ist umso schwieriger da selbst bei gleicher Redezeit dem Politiker mehr Glauben und Aufmerksamkeit geschenkt wird. Er wirkt seriöser und stellt eine Autorität dar. Und das nicht, weil er mehr



Angriffsziel Frauenbeauftragte

Ahnung hat, sondern da die Gesellschaft so strukturiert ist, dass alle Menschen bestimmte Merkmale verinnerlicht haben, die jemand erfüllen muss, damit er für sie glaubwürdig ist, wie z.B. akademische Abschlüsse, Titel, Positionen usw.

Um also die Grundlage für eine gleichberechtigte Diskussion und damit einen sinnvollen toleranten Umgang zu schaffen, muss man zuerst eine Struktur abschaffen, die diese unmöglich macht. Die Grenzen, innerhalb derer Toleranz nur stattfinden kann, können selbstverständlich nicht statisch sein - auch sie müssen immer wieder am Konkreten diskutiert werden und können nicht abstrakt gefasst werden, da man sonst keiner Situation gerecht werden kann. Vielmehr fordert jede eine eigene Betrachtung, daher muss es Kriterien geben, anhand deren die Diskussion geführt werden muss. Wenn es z.B. darum geht, eine Veranstaltung zu kritisieren, die möglicherweise sexistisch ist, muss man sich vorher damit auseinandergesetzt haben, was Sexismus ist und wie er sich äußert. Auf dieser Grundlage lässt sich dann diskutieren, ob diese tatsächlich nicht zu tolerieren ist. So kann die Forderung nach Toleranz niemals indifferent bleiben, sondern es sollte deutlich sein, dass Toleranz, die nicht in Repression umschlagen soll, immer wertend sein muss!

Hel@bb-goettingen.de

Mehrfach wurden in den letzten Monaten Aushänge vom Infobrett der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Sowi-Fakultät heruntergerissen. Die unbekanntes Täter¹ ließen es sich auch nicht nehmen, den Frauenbeauftragten eine 'politische' Botschaft zu hinterlassen: „*Es gibt ja auch keine Männerbeauftragten*“, und folglich schreitet der gerechtigkeitsbewusste Student lieber gleich selbst zur Tat und rettet die unterdrückte Männerwelt vor diesem Bollwerk weiblicher Herrschaft.

Es muss nicht großartig verwundern, wenn von dem gegen die Frauenbeauftragten gerichteten Gerechtigkeitspathos nichts mehr übrig bleibt, sobald unser exemplarische Held der Unterdrückten auf alltägliche sexistische Strukturen, Übergriffe, Belästigungen oder einer der vielen sexistischen Witzchen stößt - „*war doch nur Spaß*“ und „*sie wollen es doch eigentlich auch so, die Frauen*“. Hinter jedem kleingeschriebenen „innen“ entdeckt er die Ausgrenzung der Hälfte der Menschheit. Bei der 'üblichen' männlichen Form hingegen ist selbstverständlich die Frau immer mitgemeint - klaro, wie in der duften patriarchalen Realität eben auch die Frau immer schon als Anhängsel oder untergeordneter Bestandteil des Mannes existiert.

Es sind aber nicht allein diese heruntergerissenen Aushänge, sondern vielmehr das allgemeine Unbewusstsein von der patriarchalen Verfasstheit dieser Gesellschaft, dass sich in solchen Aktionen ausdrückt, die nach einem konsequenten Vorgehen gegen antifeministische Ressentiments schreien. Diese scheinen in der Studierendenschaft nicht die Ausnahme zu sein, begegnet mensch ähnlichen Vorstellungen doch immer wieder.

Dabei würde doch schon ein flüchtiger Blick auf die unmittelbare alltägliche Umgebung zeigen, wie absurd die Forderung nach einer völligen formalen „Gleichbehandlung“ („*Keine Frauenbeauftragte, wenn es auch keinen für Männer gibt*“) ist, wenn die gesellschaftlichen Umstände so strukturiert sind, dass sie immer wieder Ungleichheit herstellen: Es reicht z.B. nachzuzählen, wieviele ProfessorInnen-Stellen an dieser Universität mit Männern und wie viele mit Frauen besetzt sind: „*In Anbetracht der Tatsache, dass selbst in der sozialwissenschaftlichen Fakultät in der ProfessorInnenenschaft der höchsten Gehaltsklassen insgesamt doppelt so viele Männer wie Frauen angestellt sind und in der Politik alle 5 ProfessorInnenstellen, sowie im Sport alle 3 ProfessorInnenstellen mit Männern besetzt sind, scheint die Forderung nach einem*

Männerbeauftragten eine verzerrte Wahrnehmung der Realität auszudrücken.“ geben die Sowi-Frauenbeauftragten dazu an. Auch wenn es keine formalen

Zugangsbeschränkungen gibt, wird mensch dies weitestgehend in allen besser bezahlten und einflussreicheren Positionen in Wirtschaft, Politik usw. wieder finden. Die Frauen, die es doch so weit schaffen, müssen die gleiche Arbeit dann meist für einen viel geringeren Lohn ableisten: „*Frauen verdienen in den gleichen Berufen ca.75% von dem, was ein Mann verdient*“, so die Frauenbeauftragten.

Um diese zugegebenermaßen oberflächlichen aber doch recht offensichtlichen Beispiele wahrzunehmen bräuchte unser 'Don Quichotte gegen lila Pinnwände' sicherlich nicht erst Geschlechterforschung zu studieren. Aber hierbei regt sich bei ihm offensichtlich kein Widerstand, denn um „Gleichberechtigung“ oder einfach nur Nachdenken geht es ihm ja gar nicht, sondern vielmehr um die Rettung seiner männlichen Identität: Er hat noch die verborgenen Ahnung davon, dass diese eng verknüpft ist mit dem, was eigentlich seinem Selbstverständnis nach nicht sein dürfte. Von gesellschaftlichen Strukturen bis in die kleinsten Handlungen und Züge seines männlichen Selbstverständnisses zieht sich die patriarchale Grundlage dieser Identität - sei es die Wahrnehmung von Frauen als reine Sexualobjekte, sei es die selbstverständliche Erwartung, dass die Frau schon brav am Herd warten wird, nachdem er sich in der männlichen Arbeitswelt behauptet hat oder einfach nur ein Humor, der so miserabel ist, dass er Angst haben muss, nicht mehr 'lustig' sein zu können, wenn er nicht mehr von angeketteten Frauen in der Küche oder Blondinen handeln dürfte.

Das alles darf so schlimm nicht sein und muss verdrängt werden. Diese Hülle bleibt allerdings so fragil, dass sie sich ständige eine Bedrohung herbei halluzinieren muss, die in Stellvertretung durch die Frauenbeauftragten besonders vehement damit droht, wieder ins Bewusstsein zu zerrn, was die eigene Existenzweise in Frage stellen könnte. Emanzipierte Frauen bieten eine ideale Projektionsfläche für all das, was in der Männerwelt schief geht. Nicht die kleine Welt unseres selbsternannten „Männerbeauftragten“ darf es sein, die unterdrückt, sondern jene Frauen, die dies Herrschaftsverhältnis benennen und auch noch die Dreistigkeit besitzen, zu fordern damit aufzuhören, sind es, die hier die Freiheit des Patriarchen, männlich und 'überlegen' zu sein, schmälern wollen.

Solange eine solch reflexhafte, aber völlig reflektionslose Geisteshaltung an dieser Uni herum schwadroniert, kann die einzige Konsequenz nur sein, Frauenbeauftragte endlich weiter zu stärken - ohne dabei aus den Augen zu verlieren, in den Worten der Frauenbeauftragten, „*dass die diskriminierende Einkategorisierung von Menschen anhand biologisierter Geschlechtsmerkmale prinzipiell aufgehoben werden muss - womit das Amt der Frauenbeauftragten ja auch obsolet werden würde. Solange aber derartige Verhältnisse bestehen und in der Realität Frauen und Männer unterschieden und nicht wirklich gleichberechtigt sind, ist Gleichstellungsarbeit wichtig und kann nur Frauenförderung bedeuten.*“

patrick@bb-goettingen.de

¹ Ich verwende hier nur die männliche Form, da davon auszugehen ist, dass es sich um einen/mehrere ausschließlich männlich konstruierte TäterInnen handelt.



Der Schrei nach Gegenaufklärung verhalte nicht ungehört...

Die ADF stellt seit 4 Jahren die größte Fraktion im Studierendenparlament. Eine Analyse und Kritik ihres „Programms“ stand bisher aus. 1. Teil.

Schreibt man über die *Arbeitsgemeinschaft demokratischer Fachschaftsmitglieder* (ADF), und das auch noch unter der Überschrift, die dieser Auseinandersetzung vorangeht, so läuft man Gefahr der Propaganda gegen den politischen Feind verdächtigt zu werden. Diesem Vorwurf widersprechen wir vehement, soll die ADF hier doch gar nicht als Einzelfall behandelt werden. Sie wird vielmehr einzig begreifbar als universitärer Ausdruck einer gesellschaftlichen Tendenz, als deren prägendes Merkmal sich gegenaufklärerisches Denken festmachen lässt. Da die Entwicklung der ADF gerade nicht losgelöst von Gesellschaft sich vollzog¹, so liegt ein Schwerpunkt auf der gesellschaftlichen Vermittlung dieser Entwicklung. Was hier versucht wird, ist Kritik und eben keine Propaganda.

Als „konkretes“ Material wurden größtenteils schriftliche Publikationen und, da sich diese nicht vermeiden ließen, persönliche Erlebnisse des Autors mit Personen mit ADF-Zugehörigkeit, verarbeitet, die nicht im einzelnen nachzuzeichnen sind. Im Weiteren wird häufig von der ADF geschrieben, als sei sie ein Gesamtsubjekt. Das ist natürlich nicht der Fall. Es tut sich jedoch die Schwierigkeit auf, die Gemeinsamkeiten, die sich aus den Positionierungen einzelner ADF-Mitglieder herausarbeiten lassen, einheitlich darzustellen. Außerdem mögen, solange sich niemand explizit davon distanziert, auch die namentlich gekennzeichneten Veröffentlichungen im *Wadenbeißer* als Gruppenmeinung verhandelt werden.

Die Geburt der ADF aus dem Geiste der Gegenaufklärung

„Im Herbst 1993 [...] kamen Vertreter

unabhängiger Fachschaftsgruppen, die an den Fakultäten vor allem Serviceleistungen für ihre Kommilitonen anboten, zusammen und stellten sich eine Frage: Sind der Kampf gegen Atomkraft, gegen Kapitalismus und gegen den „Poli-zeistaat“ Themen für eine studentische Interessenvertretung auf Universitäts-ebene? Mitnichten, dachte man schon damals und schloss sich für die Uni-Wahlen im Januar 1994 zu einer Liste zusammen, um sich gemeinsam für eine studierendeninteressennahe [sic!] studentische Vertretung auf Uni-Ebene einzusetzen: Die ADF war geboren“. So lautete der ADF-Gründungsmythos noch 2005². Mittlerweile wurde er umgeschrieben und wird nun in stark veränderter Form weitererzählt, doch ist die „ursprüngliche“ Fassung die ehrlichere, lässt sich durch diese doch eine ganze Menge lernen über die Motivation, das Selbstverständnis und den Hintergrund derjenigen, die damals die ADF „gebaren“.

Drei Dinge lassen sich feststellen: erstens die Betonung der Unabhängigkeit der ADF, zweitens die Abgrenzung gegenüber Fragen gesellschaftlicher Bedeutung, hinter der sich ein ausgeprägtes Ressentiment gegen die Linke verbirgt³, drittens die Absicht, sich auf rein studentische Interessen zu konzentrieren. Identität wird hier also mehrfach aufgebaut: durch ressentimentgeladene Abgrenzung, Imagination von Unabhängigkeit der eigenen Position⁴ und durch die Illusion, dass es möglich wäre die Universität unabhängig von der Gesellschaft zu betrachten. Und dabei will man damals doch gedacht haben.

Die Denkanstrengung, welche die ADF hier behauptete zu vollziehen, entpuppt sich als Nicht-Denken. Nur weil der Kopf raucht, ist noch nicht gedacht worden. Vielmehr ist es das verselbstständigte

Ressentiment, das sich da durch den Text und durch die Mäuler Ausdruck verschafft, durch das diejenigen, die dieses schrieben, einzig noch Identität herzustellen wissen. Voraussetzung von Denken wäre das Subjekt, das kritisch sich verhält noch gegenüber dem Prozess, der es zum Subjekt machte, welches die Identitäten, die es sich schafft und in die es gezwungen wird, kritisiert. Das würde bedeuten, Identität als das zu bestimmen, was diese immer auch ist, gewaltsame Zurichtung und Einseitigkeit. Zu erinnern wäre an Adornos Feststellung: „Bei vielen Menschen ist es bereits eine Unverschämtheit, wenn sie ich sagen.“ Das soll hier keine Beleidigung sein, sondern vielmehr verdeutlichen, dass ein „Ich“ gar nicht positiv gefasst werden kann. Alles, durch was und in dem sich das Subjekt autonom, also als selbstbestimmt erfährt, ist zutiefst gesellschaftlich vermittelt und bestimmt. Subjektivität ist in der jetzigen Gesellschaft einzig noch negativ zu bestimmen: „als Befangenheit, als Innewerden der Ohnmacht: wissen, daß man nichts ist.“⁵ In dem die ADF versucht an der positiven Bestimmung eigener Identität festzuhalten, schlägt diese in Aggression gegen das um, was nicht Teil dieser Identität ist. Ihre Gruppenidentität schafft sie nur als unkritisch negative, gegen „die Linken“ (Kritisch wäre sie ja nur, wenn sie das Vermitteltsein der eigenen Identität mit dem, was nicht damit identisch sein soll, reflektiert.)

Dass die von der ADF erschaffene Gruppenidentität eine falsche ist, wird ersichtlich dadurch, dass im gleichen Augenblick, in dem diese geschaffen wird, die Subjekte, die in diese Identität eingespannt werden, aufgespalten werden. Unterschieden wird nun zwischen der Identität als Studierende (mit „reinen“ Studierendeninteressen, die

¹) Da z.B. der Sozialcharakter derjenigen, die sich in der ADF wieder erkennen, bereits vorher in Schule, Familie, frühkindlicher Prägung, etc. geformt und diese Bereiche ja zutiefst vom gesellschaftlichen Zustand bestimmt sind.

²) Nachzulesen etwa in den *Wadenbeißern* (WB) Nr. 49, 59.

³) Wem das zu unbegründet daher kommt, der schaue einmal die älteren Ausgaben des *Wadenbeißers* an, die im Netz verfügbar sind (www.adf-goettingen.de). In diesen wird explizit und in Aufmachung und Inhalt populistischer Weise gegen Linke, besonders gegen die Antifa agitiert. Hier arbeitete die ADF noch offen mit populistischen Methoden, das Ressentiment gegen Linke wurde noch offen zelebriert.

Auch wenn die politische Betätigung gegen Linke heute keinen so

großen Raum in den ADF-Publikationen mehr einnimmt, wie etwa noch vor fünf Jahren, so zeigt eine Untersuchung dieser Einstellungen die zugrunde liegende Motivation der damals in der ADF politisch Aktiven (und Leute wie Ralf Mayrhofer, Kai Horge Oppermann, Gerhard Riewe und Andreas Lompe sind ja noch heute dabei) auf. Durch das Verständnis dieser Motivation erscheinen die trotz allem immer wiederkehrenden Ausfälle gegen die Linke als persönlich motivierte Aggressionen.

⁴) Allein die häufige Betonung der eigenen Unabhängigkeit in ADF-Publikationen lässt vermuten, dass es mit der Unabhängigkeit nicht so weit her ist. Wozu sonst müsste man sich dauernd einreden, man sei es? Ein besonders schönes Beispiel für eine solche Überbetonung ist das Editorial von Ralf Mayrhofer im WB 26

eben nicht politisch sind) und ihrer privaten und politischen Identität. Beide Identitäten werden als reine Sphären, quasi unabhängig voneinander imaginiert. Das ist es wohl, was in den ADF-Publikationen unter Unabhängigkeit firmiert, die Vorstellung, man könne sich mit der Universität ohne gesellschaftliche Zusammenhänge beschäftigen.

Hier trifft sich das Verständnis der ADF mit gesellschaftlichem falschem Bewusstsein. Wie in der bestehenden Gesellschaft der Mensch zwischen Arbeit und Freizeit aufgespalten, die bürgerliche Trennung zwischen öffentlichem und privatem Leben vorgenommen, und dem Menschen die Freizeit als Freiheit vom Zwang vorgespielt wird, so trennt die ADF alle an der Uni Eingeschriebenen auf in Studierende und Privatmenschen. Damit vollzieht die ADF die gleiche Bewegung, mit der bereits Kant den Kern seiner Philosophie, das autonome Subjekt, aufgab zugunsten der falschen Allgemeinheit, die Gewalt über dieses ausübt: *„Nun ist zu manchen Geschäften, die in das Interesse des gemeinen Wesens laufen, ein gewisser Mechanismus notwendig, vermittelt dessen einige Glieder des gemeinen Wesens sich bloß passiv verhalten müssen, um durch eine künstliche Einhelligkeit von der Regierung zu öffentlichen Zwecken gerichtet, oder wenigstens von der Zerstörung dieser Zwecke abgehalten zu werden. Hier ist es nun freilich nicht erlaubt, zu rasonieren; sondern man muß gehorchen.“*⁵ Die Einschränkung der Freiheit und Vernunft in all den Bereichen, die angeblich der Allgemeinheit dienen, die aber nur durch Zwang aufrechtzuerhalten sind, läuft auf die Auslöschung der Spontaneität des Individuums und damit auf die Auflösung des Individuums selbst hinaus. Die „öffentlichen Zwecke“, die angeblich die Interessen der Allgemeinheit bezeichnen, sind in Wirklichkeit aber Zwecke der sich durch die Allgemeinheit vollziehenden Warenproduktion und des Tauschprinzips, da eine Allgemeinheit als bewusster Vorgang der Vergesellschaftung autonomer Subjekte noch gar nicht existiert.

Dies bedeutet im Konkreten die Unterordnung des Individuums und seiner Interessen unter die Bedürfnisse der kapitalistischen Warenproduktion, studiert wird für die Bedürfnisse der Wirtschaft, des Standorts, des Staates. Und diese Unterordnung wirkt noch in den Bereich hinein, der als vermeintlich frei erfahren wird, den der Freizeit. Bezeichnend bereits, dass es das Private kaum noch gibt. Dem Privaten gegenüber bezeichnet Freizeit einen Raum, der massivst durch gesellschaftliche Einflüsse geprägt ist und der sich zuallererst auch nur in Abgrenzung zum Bereich der Arbeit bestimmt. Damit ist schon fast alles gesagt: Freizeit ist vor allem die Zeit, die den Individuen zugestanden wird, um ihre Arbeitskraft zu regenerieren und in der diese sich frei vom Zwang wähen dürfen. Dieser Schein der Zwangsfreiheit ist notwendig für die bestehende Gesellschaft, damit ihr die betroffenen Individuen nicht über der Arbeit verzweifeln und ihr aufs Dach steigen ob der an ihnen begangenen Gewalt.

Die Auflösung des Privaten in einen öffentlich bestimmten Raum erfolgt also nicht, um die Individuen aus familiären, unter dem Mantel des Privaten verborgenen Zwangssituationen zu befreien und ihnen die Möglichkeiten zu eröffnen, sich zu politisch bewussten Subjekten zu entwickeln, die in allen Situationen des Lebens reflektiert agieren. Vielmehr werden sie den Regeln einer ihnen heteronomen Verwaltungsmaschine unterworfen, um sie in den Zielgruppen, denen sie zugeordnet wurden, festzuschweißen, ihre Interessen gegen ihre objektiven Interessen zu organisieren. Freizeit wird organisiert, um die Individuen bereits früh die gesellschaftlichen Rollen anzutrainieren, die der Produktionsapparat ih-

nen zudedacht hat.

■ Zum Scheinprotest

Die ADF reklamiert für sich, gegen Studiengebühren, gegen Kürzungen an den Universitäten zu sein⁷. In ihrer vorletzten Publikation war gar als Programm ihrer AStA-Arbeit zu lesen: *„Aber auch Info- und Diskussionsveranstaltungen sowie Demonstrationen werden von uns organisiert.“*⁸ Für den „Protest“, den die ADF dagegen veranstaltet (der einzige, den sie als legitim erachtet), ist erstens charakteristisch, dass dieser nur in dem Rahmen stattfinden darf, der sich durch „Studierendeninteresse“ legitimieren ließe und dass alles in diesen Rahmen sich zu pressen habe. All diejenigen, die sich im Denken und Handeln nicht von vornherein

beschneiden lassen

⁵) T.W. Adorno: *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Zwergobst; GS 4, S. 55

⁶) Immanuel Kant: *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*

⁷) „Die ADF spricht sich gegen Studiengebühren aus und engagiert sich über den AStA gegen die entsprechenden Pläne des Landes“, WB 59, S.2

⁸) WB 64, S.5

⁹) Wobei die ADF ja hier nicht alleine steht. Der gesetzte Rahmen wird hingenommen, die Phrasen als Argumente geschluckt. Die Gebetsmühlen von Politik, Medien, Alltag, etc., die aufkeimendes kritisches Bewusstsein zwischen den Mühlsteinen der dauerhaften Wiederholung ihrer immergleichen Phrasen (und allein durch die Wiederholung legitimieren sie ihren Wahrheitsanspruch) zu zermahlen trachten, leisten

ganze Arbeit. Gerade am Umgang mit dem Argument der leeren Kassen wird deutlich, wie sehr sich die gesellschaftliche Tendenz als unbewusste in der ADF durchsetzt. Das Schlimme an dieser Entwicklung ist die Zersetzung von Spontaneität und Autonomie der Individuen, also von Freiheit, in deren Namen der ganze Schwindel auch noch veranstaltet wird.

¹⁰) Etwa der unsägliche Versuch, mit einer Kampagne, deren Ziel die Schließung der Universität Vechta zugunsten der Uni Göttingen war, den gemeinsamen, universitätsübergreifenden Protest von Studierenden gegen die Beschneidung ihrer Rechte und gegen massive Eingriffe in ihre Studienstruktur und damit in einen wichtigen Teil ihres Lebens, zu spalten und zu sabotieren. Aber auch im letzten Wahl-Wadenbeißer

wollen, werden als ProtestspalterInnen diffamiert.

Des Weiteren kennt die ADF nur noch Studierende. Alle objektiven Differenzen zwischen den Studierenden, sowohl in ihrer inhaltlichen Positionierung als auch ihre konkrete Situation betreffend (monetär, familiär, etc.), trachtet sie auszuradieren. Eine erfolgreiche Einheitsfront gegen Studiengebühren kann aber nur dann Erfolg haben, wenn es vorher zu einem Abgleich gemeinsamer und widerstreitender Interessen gekommen ist.

Eine kämpferisch erfolgreiche Studierendenschaft kann nicht einfach die Statusgruppe sein: Es reicht nicht aus, Studierende an sich zu sein, man muss zu Studierenden für sich werden.

Stattdessen geht man in der ADF mit einer bestimmten Vorstellung von Studierendenschaft an diese heran, die nichts anderes beinhaltet als eben die Statusgruppe. Eine Verständigung über Interessen innerhalb der Studierendenschaft wird nicht angestrebt, die Studierenden werden vielmehr als unmündig behandelt. Die ADF geriert sich als Ausformung zur Verwaltung dieser Masse und als Vertretungsinstanz ihrer Interessen. Dass sich diese aber gar nicht ausbilden können, daran hat die ADF Anteil und der Umstand der gelenkten Interesselosigkeit ist die Grundlage, auf der die ADF agiert.

Eine Debatte über Protestformen, vor allem über die Wirksamkeit von Protestkonzepten, findet nicht statt. Ebenso wenig eine Debatte darüber, wie überhaupt richtige Kritik an Studiengebühren und Kürzungen, also umfassende Kritik, aussieht und wie sie konkret zu formulieren ist. Eine solche Kritik muss eben auch gesellschaftliche Kritik sein, sie muss das Konkrete in seiner Vermitteltheit zum gesellschaftlichen Allgemeinen und das gesellschaftliche Allgemeine in seiner Vermitteltheit zum Konkreten fassen, da sie sonst Gefahr läuft zu jenen Institutionen überzulaufen, welche sich von der Einführung von Studiengebühren etwas versprechen. Protest ohne solche Kritik verläuft sich im Dickicht der gesell-

schaftlichen Verflechtungen, die ohne Kritik nicht zu entwirren sind, und scheitert schließlich daran, dass er orientierungslos dem in die Hände spielt, gegen das er aufzubegehren sich auf den Weg machte.

Genau das passiert der ADF. Noch im Protest, den sie anmeldet, hat sie bereits die Vorgaben, die von den Institutionen, gegen die sich der Protest richtet, gesetzt werden, verinnerlicht. Zu sehen ist dies etwa am Umgang mit dem Scheinargument „Die Kassen sind leer“⁹. Dieses Argument wird allgemein akzeptiert. Weder wird gefragt, warum die Kassen leer sind, noch, warum alle den Gürtel enger schnallen sollen, wenn doch der gesellschaftliche Reichtum so groß und die Möglichkeiten der Produktion so enorm gestiegen sind, dass es eigentlich an der Zeit wäre die Gesellschaft so zu organisieren, dass alle ohne Mangel leben können.

Wird nun im Kampf gegen Studiengebühren und Kürzungen das Scheinargument der leeren Kassen nicht hinterfragt, so schlägt der Protest in Standortchauvinismus und entmündigende Lobbyarbeit um. Das der Protest, den die ADF forcierte, nämlich die Stellung der Studierenden gegen andere Gruppen, die ebenfalls von Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich betroffen sind, durchzusetzen, unsozial ist, wurde der ADF sogar von ungewöhnlicher Seite vorgeworfen. Phillip Rössler, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, erklärte gegenüber ADF-VertreterInnen, er spare lieber an den Universitäten, also größtenteils bei den gesellschaftlichen Gruppen, die gut abgesichert sind, als bei denen, die auf das Geld in größerem Maße angewiesen seien.

Das Standortargument in chauvinistischer Prägung bediente die ADF ja sehr häufig in ihren Publikationen, etwa wenn sie den Unistandort Göttingen gegen andere „schwächere“ Standorte in Stellung brachte¹⁰ und somit hinter der sozialdarwinistischen Argumentation eine ebensolche Geisteshaltung aufscheinen ließ.

Exkurs: Stockholm Syndrom – Identifikation mit dem Angreifer

Bereits der Begriff „Standort“ macht klar, dass es sich hier um ein ideologisches Konstrukt handelt. Es ist ja gerade nicht der Ort, an den es diejenigen, die ein Studium aufnehmen wollten, (vielleicht zufällig, vielleicht beabsichtigt) verschlagen hat und an dem sie jetzt ein vernünftiges Leben und ein vernünftiges Studium führen wollen. (Sonst hieße es ja Lebensort und nicht Standort.) Vielmehr zielt die propagierte Identifikation mit dem Standort auf eine Identifikation mit Interessen, die den objektiven Bedürfnissen von Studierenden entgegenstehen.¹¹ Dem oft gehörten Hinweis, im Kampf gegen Studiengebühren und Kürzungen müsste man doch mehr den Standort Göttingen als Eliteuniversität betonen, ist zweierlei entgegenzuhalten.

Erstens schwächt solcher Standortchauvinismus die Position aller Studierenden, da sie sich nun als KonkurrentInnen der verschiedenen Standorte gegenüberstehen. Dabei dürften die Interessen aller Studierenden weniger differieren, als die vom Göttinger Studierenden und die vom Vorstandsvorsitzenden der Satorius AG, auch wenn diese beiden in der gleichen Stadt wohnen sollten.

Zweitens läuft eine solche Argumentation auf die Aufgabe der Autonomie der/des Einzelnen hinaus, was schließlich die Schwächung der eigenen Position bedeutet. Es erscheint so, als würde die freiwillige Identifikation mit Standort, Deutschland, Volk, etc., eine Sicherheit in einer gesellschaftlichen Verfassung, die die Situation jedes Einzelnen prekariert, bieten. Aber die Identifikation läuft auf die Identifikation mit den Institutionen hinaus, die den Einzelnen bedrohen, zuallererst dem Tauschprinzip. Auf die allgemeine Tauschbarkeit, darauf dass alles, was ist, gegeneinander tauschbar und damit austauschbar ist (womit ja von den konkreten Eigenschaften der jeweiligen Einzeldinge abge-

(Nr. 63) vermochte die ADF ihre Kritik an den Kürzungen an der SoWi-Fakultät nur zu äußern, indem sie die angebliche Exzellenz der Göttinger Politikwissenschaften gegen andere Standorte in Stellung brachte und damit implizit deren Schließung forderte. Eine solche Kritik trifft das grundlegende Problem der Kürzungen nicht, sondern verwandelt Kritik in Ressentiment.

¹¹) Hingewiesen sei nur auf konkrete Interessen der verzahnten Wirtschafts- und Politik“elite“, die in der vollzogenen Identifikation mit dem Standort und der gewünschten Konkurrenz unter den Standorten eine Solidarisierung aller Betroffenen gegen die gegen sie gerichtete Politik verhindert weiß.

¹²) Schließlich ist es ja völlig egal, welche konkrete Person einen be-

stimmten Job verrichtet, solange sie die standardisierten Voraussetzungen zur Verrichtung dieses Jobs erfüllt.

¹³) Und natürlich ist es existenzbedrohlich in dieser Gesellschaft arbeitslos zu werden, ist es bedrohlich, über die Regelstudienzeit zu kommen und damit Langzeitgebühren zahlen zu müssen.

¹⁴) Allein die Hoffnung ist ja bereits nur die Hoffnung auf ein Abhängigkeits-, auf ein Leibeigenenverhältnis.

¹⁵) „Studiengebühren bereits vor der Einführung ein voller Erfolg“ www.bb-goettingen.de/341

¹⁶) T.W. Adorno: Zur Lehre von der Geschichte und von der Freiheit; Frankfurt a.M, S.251

¹⁷) Selbstdarstellung der ADF, etwa in WB 64, S.5

sehen wird) - und damit auch die Menschen gegeneinander austauschbar und damit als Individuen eigentlich überflüssig sind¹² - reagieren die Menschen mit Anpassung, indem sie sich selbst flexibilisieren, sich noch weiter austauschbar machen in der Hoffnung, damit unabdingbar zu werden.

Das verdeutlicht einerseits, wie bedrohlich die Art der jetzigen Gesellschaft den Menschen gegenübersteht.¹³ Andererseits aber wird deutlich, dass die Hoffnung, dass durch freiwillige Aufgabe von Autonomie, durch Identifikation mit dem Standort, mit Deutschland und ähnlich dämlichen Konstrukten, die Existenz des Individuums zu sichern wäre, falsch ist.¹⁴ Mit Deutschland ist konkret für den Einzelnen kein Blumentopf zu gewinnen und mit dem Standort Göttingen ebenfalls nicht.

Leere Kassen vs. Freiheit

Schließlich aber ist die Argumentation mit der Leere der öffentlichen Kassen relativ einfach zu entkräften, wie das BB bereits in Ausgabe 7 dieser Zeitschrift zeigen konnte.¹⁵ Die Löcher in den öffentlichen Haushalten sind größtenteils entstanden durch massive Entlastung von Gewinnen, Vermögen und hohen Einkommen, innere Aufrüstung und Mobilmachung der Bundeswehr für Auslandseinsätze, somit letztlich zur Stützung der herrschenden Produktionsweise. Die laufende Umverteilung vollzieht sich zu Lasten der objektiven Bedürfnisse von Menschen, wie sie in den sozialen Sicherungs- und Bildungssystemen angedeutet sind, zugunsten der zum Selbstzweck gewordenen krisenhaften Produktionsweise und deren Verwaltungsapparates. Die Formulierung dieser Erkenntnis: dass die leeren Kassen eben kein naturhaftes Phänomen sind,

das sich irgendwie ereignet hat, sondern dass sie Ergebnis einerseits konkreter Interessen, andererseits der konkreten gesellschaftlichen Zustände sind, bietet die Möglichkeit gezielter Veränderung.

Die Einschränkung von Lebens- und Bildungsmöglichkeiten, von Freiheit allgemein, ist nur noch durch Hinweis auf Mangel- und Bedrohungssituationen zu rechtfertigen. Da diese nicht mehr daraus resultieren, dass die Menschen sich in einem Überlebenskampf mit der Natur befinden, werden sie durch selbst geschaffene Mangel- und Bedrohungssituationen ersetzt. Dass diese sich bei Betrachtung als das erweisen, was sie sind, erstens als Menschengemacht und damit veränderlich, zweitens gar nicht als eigentliche Mangelsituationen, weist auf etwas entscheidendes hin: „daß der Stand der heutigen Produktivkräfte heute es erlauben würde, den Mangel in der Welt prinzipiell zu beseitigen.“¹⁶

Die ADF verurteilt die Möglichkeit einer besseren Welt, einer Welt ohne Mangel, als utopistisch. Die ADF kann (und will) keine einheitliche allgemeinpolitische Meinung vertreten und sie meint, dass dies „für die Vertretung studentischer Interessen [...] auch gar nicht notwendig“¹⁷ sei. Da aber oben ausgeführt wurde, dass es für die konsequente Vertretung studentischer Interessen unerlässlich ist, Gesellschaftskritik zu üben, und diese nur allgemeinpolitisch sein kann (und eine solche Kritik ist eben mehr als eine „allgemeinpolitische Meinung“, weist somit über die Positionen der vereinzelt Meinungen hinaus), so stellt sie sich offen gegen diese Möglichkeit. Damit aber offenbart sie sich als politisch regressive, gegenaufklärerische Kraft, ihr Programm als Ideologie der Gegenaufklärung.

ChrisKrauss@gmx.de

Lest in der nächsten Ausgabe die Fortsetzung mit folgenden Schwerpunkten der Betrachtung: „Theorie und Reflexion ist so schwer und sowieso nur Propagandamittel des politischen Gegners“ - Service und Servicekritik“, „Pfui Spinne Extremismus - Wie die ADF brennende Mülltonnen mit dem Verbrennen von Menschen gleichsetzt“ und „Falsche Nähe, falsche Distanz - ADF-Jargon“.

Bildungsnetzwerke für selbstbestimmtes Lernen und erweiterte Horizonte

Am Beispiel der Travelling School of Life

Immer wieder begeben sich wissbegierige Leute, denen die Bildung in den üblichen Institutionen nicht zusagt, auf den langen Weg, ein „Bildungsnetzwerk“ auf die Beine zu stellen. Bildungsnetzwerke sind Zusammenschlüsse von Einzelpersonen, Gruppen und Wohnprojekten/Gemeinschaften/Kommunen, die ihre Fähigkeiten und ihr Wissen an andere weitergeben wollen und ihrerseits neues Wissen und Fähigkeiten erlernen möchten. Die Bedingungen werden immer wieder neu möglichst individuell und unbürokratisch vereinbart. Die Leute stellen sich ihren Lehrplan selbst zusammen, nehmen Kontakt zu den „Hosts“ (AnbieterInnen) auf, vereinbaren sich über das Lernen und Zusammenleben und reisen dann von Ort zu Ort, wo sie Kost und Logis bekommen. Das Ganze ist vorläufig europaweit und auf lange Sicht weltweit geplant. Es werden weder Tausch, Kaufen noch Schenken vorgeschrieben; Konsens ist, dass alle Angebote zumindest auf einem „Low Budget“-Niveau (= geringe finanzielle Mittel) laufen müssen.

Immernoch wird an einem Konzept geknabert, wie eine dementsprechende selbstverwaltete Datenbank im Internet gestaltet werden muss, wie Menschen einbezogen werden können, denen kein Internet zur Verfügung steht und wie eine größtmögliche Kommunikation unter den NutzerInnen ermöglicht werden kann. Denn eine zentrale Stelle, die Entscheidungen trifft, bestimmt, wer mitmachen darf und wer nicht gibt es nicht.

Wie alle Initiativen, die nur mit viel Energie und Aufmerksamkeit von den Menschen für die Menschen funktionieren, unkommerziell sind und ehrenamtliches Engagement erfordern, ist der Aufbau schwierig und der Zulauf spärlich. Meist sind die Netzwerke regional beschränkt (z.B. „Alternative Bildungs-Initiative“ ABI - Aus CONTRASTE Nr. 221 (Februar 2003)) und tauchen oft in Verbindung mit Tauschringen auf.

Bis Sommer 07 ist eine Werbeoffensive geplant, bei der mehr Angebote, „SchülerInnen“ und MitstreiterInnen gewonnen werden sollen. Auch du kannst dann an einen „Probelauf für den Sommer“ mit mehreren Einführungskursen und vielfältigen parallel laufenden Angeboten teilnehmen!

Sabine Steldinger

Mehr Infos: www.tsolife.de.vu/wiki

+++ Analyse ++ Kritik ++ Aktion! +++ Basisdemokratisches Bündnis

Der Lüge keine Grenzen,

Wie man sich hilflos übergibt,
den illusorischen Gedanken;
Wie Autoren und Gelehrte,
von Wahn zu Irrsinn schwanken.

Und auf dem Markte
heisst es dann,
Der Lüge keine Grenzen,
Tage oder Nächtelang!

Elegant spielt die Kultur,
uns illustere Geschichten
als relevante Dinge vor;
Nichts hats ausser Leid.

Doch auf dem Markte
heisst es dann,
Der Lüge keine Grenzen,
Tage oder Nächtelang!

Schmerzumwoben und gekränkt,
verloren in der Einsamkeit,
ziehen wir uns bald zurueck
in unser eigen, fremdes Leid.

Justin Bixby

Termine in den nächsten Wochen

Mi, 12.7, 20:00 // T-Keller
Spektakel oder Widerstand? -
Emanzipatorisches Perspektiven der G8-Proteste
Vortrag und Diskussion

Fr, 14.7 // T-Keller
Party der Basisgruppe Bio

Sa, 15.7, 17:00 // Hannover
Sommerbiwak vermiesen
Keinen Frieden mit der Bundeswehr!
Keine Feier mit der 1. Panzerdivision!
vor dem Sitz der 1. Panzerdivision, Hans Böckler-Allee / Ecke
Freundallee (Straßenbahnhaltestelle Clausewitzstraße).
Mehr Infos: <http://www.puk.de/aah/biwak/>

Di, 18.7, 20:00 // T-Keller
**Wehrmacht und Antisemitismus am Beispiel
der 31. Division aus Südniedersachsen**
Referent: Martin Heinzmann // Veranstaltet von der BG Geschichte

Do, 20.7, 20:00 // T-Keller
Erwerbslosenbewegung in den 20er-Jahren
Veranstaltet vom Sozialen Zentrum und der Geschichtswerkstatt

Do, 27.7, 20:00 // T-Keller
Nazi-Aufmarsch in Bad Nenndorf stoppen!
Info- und Mobilisierungsveranstaltung

29.7.-5.8.
Autoorganisations-Woche
Wochenende in Selbst-Organisation, um zu den Themen Kommune,
Selbstorganisation, Freiräume und Selbstverwaltung zu arbeiten. Das
findet im Haus der Kulturen statt, Kontakt: wohnprojekt@arcor.de

regelmäßige Termine:

Jeden Mo., 18:00 // Bunter BG-Philo-Raum, Humboldtallee 19
Was tun gegen die Kürzungen an der Hist.Phil?
Auf diesen Treffen sollen die Proteste gegen die geplanten Kürzungen
an der Phil.Fak organisiert werden.

Jeden Dienstag, 18:00 // Öconomicum, K53
Plenum des Basisdemokratischen Bündnisses
Die entscheidende Arbeit des BB findet im Plenum statt.
Interessierte und Neuzugänge sind immer willkommen.

weitere Termine auf:

www.bb-goettingen.de

Besucht unsere Homepage:

Das Info-Portal für Bildungskritik!

unter:



www.bb-goettingen.de